



Around Europe - Deutsche Ausgabe

Auszüge aus Nr 322 (Mai 2010)

Die EU und Die Piraten am Horn von Afrika: Den Wagen vor das Pferd spannen

Während die EU die Operation EUNAVOR Somalia durchführt, auch Operation Atalanta genannt, um die Piraterie vor Somalias Küste zu bekämpfen, geraten die Grund-Lebensbedürfnisse gegenüber der Sicherung von einer für die internationale Gemeinschaft wichtigsten Seehandelsroute weit in den Hintergrund. In Kenntnis der schwachen Situation einiger Millionen Somalis an der Küste hatte die EU in Co-Organisation mit EPLO ein zivilgesellschaftliches Beratungstreffen über die Ein- bezogenheit der EU in die Piraterieproblematik veranstaltet. Die Zusammensetzung der Teilnehmer, welche EU-Institutionen, internationale NGOs und die somalische Zivilgesellschaft repräsentierten, machte den Austausch von Meinungen und Ideen sehr fruchtbar.

Während des Treffens begann die EU, die in Somalia 18 Jahre lang involviert ist, ihre Analyse der Situation vorzubringen. Das Treffen unterstrich die strategische Bedeutung des Horns von Afrika und es wurde über die Unterstützungsbemühungen und die ländliche Entwicklung in Somalia durch UN-Agenturen und internationale NGOs berichtet. Man erklärte auch, dass die Piraterie ein Geschäft mit Gewinnen von 120 Millionen Euro pro Jahr sei, während die Entwicklungshilfe für das Land nur 45 Millionen Euro pro Jahr beträgt.

Die Vertreter der somalischen Zivilvereinigung betonten die Wichtigkeit von nicht-staatlichen Akteuren bei der Abwesenheit von Staat und deren potentielle Rolle als Kontrolleure von Hilfslieferungen, speziell in ländliche Gebiete. Andererseits richteten sie auch ihre Aufmerksamkeit auf die schwierige Sicherheitssituation und die Risiken eines aktiven zivilen Engagements, wie das durch das berichtete Töten von über 60 zivilen Helfern in den letzten 2 Jahren deutlich wurde.

Die somalische Zivilvereinigung legte die Notwendigkeit dar, in den Friedensprozess einbezogen zu werden in Verbindung auch mit dem Einleiten der somalischen Verfassungs- und Sicherheitsreform. Sie artikulierte auch ihre Einschätzung, dass von der Atalanta-Mission keinerlei Auswirkung auf die grundlegende Sicherheitssituation ausgegangen sei. Die Redner unterstrichen die Tatsache, dass Piraterie ein Symptom der Armut sei, ein Mangel an Führung und die Folge von äußeren Eingriffen in die Angelegenheiten des Landes und sie äußerten sich so sehr deutlich über die Wurzeln des Problems.

Die somalische Zivilvereinigung mahnte die Teilnehmer, die Tatsache zur Kenntnis zu nehmen, dass Somalia aus 3 verschiedenen Regionen bestehe - Puntland, Somaliland und Süd-Zentral, was zu einer Verlagerung von friedensbildenden und Entwicklungsmaßnahmen hin zu einem dezentralisierten Zugang aufrufe. Sie empfahlen, die gegenwärtige Übergangsregierung nicht nur mit Fahrzeugen und Computern zu versorgen, sondern auch mit Führung und Fähigkeiten auszustatten.

AMISOM, die afrikanische Unions-Mission für Somalia, ausgesandt für eine Friedensinitiative, wurde aber letztlich grundlegend dafür kritisiert, weil sie nur den Flughafen und

Regierungsinstitutionen unterstützt hatte und keinerlei Maßnahmen für die Unterstützung der Zivilgesellschaft traf. Die somalischen Teilnehmer der Zusammenkunft riefen die internationale Gemeinschaft auf, mehr für die Unterstützung der Bürger Somalias zu tun. Sie sagten auch vorher, dass ein Rückzug von AMISOM aus Mogadishu die Übernahme der Stadt durch die Dschihad-Bewegung Al-Shabaab zur Folge haben würde.

Als Beitrag zur Verbesserung der Sicherheit in Somalia war die internationale Gemeinschaft in der Vergangenheit in das Training von 14.000 somalischer Sicherheitskräfte einbezogen. Seitdem Somalia als ein zu unsicherer Platz für ein solches Training angesehen wird, ist es in andere Länder verlagert worden. Die EU hat gerade entschieden, 2000 andere Sicherheitskräfte innerhalb des Rahmens von EUTM in Somalia zu trainieren.

Jene 14.000 Sicherheitskräfte, welche in vorhergehenden bilateralen Arrangements trainiert worden waren, haben nicht grundlegend zur Verbesserung der Sicherheits-situation beigetragen. Oft im Zusammenhang mit einem Mangel an Bezahlung und/auch der mächtigen Rolle der Milizen, wurde diesen Sicherheitskräften nachgesagt, sie hätten selbst Menschenrechtsverletzungen begangen, seien zum Militär übergelaufen oder hätten einfach ihre Waffen verkauft, nachdem sie vom Training zurückgekehrt seien. Die Vertreter der somalischen Zivilgesellschaft riefen daher die EU sehr direkt dazu auf, Studien zu erstellen, warum früheres Sicherheitstraining unwirksam gewesen sei, ehe noch mehr Zeit und Geld wiederholt in Trainings ähnlicher Art investiert würden. Obwohl die EU versicherte, dass die Bezüge der Truppen, welche innerhalb der neuen Mission trainiert würden, bis Januar 2011 garantiert seien und dass das Training auch ein Menschenrechtsmodul enthielte, bleibt die Frage der Aufrechterhaltung eines solchen Trainings zu diesem Zeitpunkt weiter offen.

Studien durch internationale NGOs fanden heraus, dass 2 von den 3 Regionen Somalias - Somaliland und Puntland stabiler als die dritte, Süd-Zentral - sind, da ihre Regionalregierungen verantwortungsvoller arbeiten. Sie hätten strikt zu einer politischen Vereinbarung hinsichtlich des Konflikts aufgefordert, bevor die Sicherheitskräfte in der Region gestärkt werden. Sie betonten auch die Rolle und Wichtigkeit von lokalen Systemen zur Beruhigung von gewalthaften Konflikten und solchen ohne momentane Gewalt.

Alle Teilnehmer des Meetings beschlossen, dass es für die lokale Zivilgesellschaft notwendig sei, dass sie unterstützt und voran gebracht werde. Die Empfehlungen schlossen ein: die Jugend, Frauen, die Diaspora, Schaffung von Arbeitsplätzen sowie wirtschaftliches Wachstum, die Einbeziehungen von nicht-kriminellen Geschäftsleuten in Friedensinitiativen, Verbesserung der Respektierung der Menschenrechte, den Angriff auf die Kultur der Straflosigkeit, die Betonung des lokalen Eigentums und die Verbesserung der Führung hinweg über die gesamte Region durch eine gemeinsame Agenda unter Einbeziehung aller externen Akteure.

Die Kommission unterstrich, dass sie laufend an Projekten hinsichtlich Führung, Bildung, Beschäftigung, ökonomische Erholung und Ernährungssicherheit arbeite und begrüßte spezielle Empfehlungen, um ihre Arbeit an der Basis zu verbessern.

Wir hoffen sehr, dass internationale Teilhaber weiterhin, äußerst betroffen gemacht innerhalb ihrer Programme, auf alle diese Notwendigkeiten hören.

Simone Görtz

Übersetzung: Jutta Fauer

Ein Aufruf zu grundlegender globaler Veränderung

Diana Francis fordert Friedenskräfte in aller Welt heraus

Diana Francis, eine britische Quäkerin und Fachfrau für Konfliktbearbeitung, hat ein neues Buch geschrieben: „Von der Befriedung (pacification) hin zum Friedensaufbau (peacebuilding)“ (Pluto Press, 2010). Darin beschäftigt sie sich sowohl mit der Praxis der Konfliktbearbeitung, wie sie etwa während der letzten zwei Dekaden praktiziert wurde und der Beziehung zwischen dieser Praxis und der „großen Politik“.

Sie argumentiert - wirkungsvoll und in einer Sprache, die zum Weiterlesen anregt, - dass die Grundvoraussetzung der Friedensbewegung und der Regierungen wie auch der internationalen (intergovernmental) Organisationen von Anfang an divergieren und dass deshalb die globalen Trends nicht hilfreich genug sind, um Frieden zu schaffen, sondern vielmehr das unterstützen, was sie Befriedung nennt.

Die für mich wichtigste Seite dieses Buches ist Seite 74 in Kapitel 4 der Paperback-Ausgabe, wo sie diese unterschiedlichen Ansätze schematisch darstellt. Sie legt zwei unterschiedliche Ausgangspunkte dar: der eine, dessen Friedensbemühungen auf der Vorstellung von wechselseitiger Abhängigkeit aller Menschen und von Mensch und Planet basieren und der andere, der von der Sichtweise der Welt: „Fressen oder gefressen werden“ ausgeht. Sie argumentiert, dass durch die sich daraus ergebende Vorstellung von Sicherheit, Werten, vom Umgang mit Macht, von Realität, Prozessen, Ergebnissen, Menschen, von Konflikt und Veränderung beeinflusst werden und damit auch die Vorstellung von Frieden.

Die sich daraus ergebenden Vorstellungen von Frieden werden so definiert:

- Gerechte Beziehungen, wechselseitige Fürsorge, gemeinsame wirtschaftliche und politische Macht und Verantwortung; eine entmilitarisierte Welt; konstruktive Konflikt-Kultur und Konflikt-Systeme; die Vorstellung vom Planeten als unsere Heimat.
- Stabilität und Vorherrschaft; politische und wirtschaftliche Kontrolle von oben nach unten; ein starkes Militär als Garant der Kontrolle; der Planet als eine auszubeutende Ressource.

Natürlich weiß sie und stellt fest, dass diese beiden Modelle Extreme darstellen und dass Positionen irgendwo dazwischen bezogen werden. Aber diese klare Formulierung einer Entweder/Oder-Wahl macht deutlich, dass es einige Grundansichten gibt, was den Ausgangspunkt betrifft und den Verzicht auf Gewalt, die ganz wesentlich sind, um sich auf wirkliches Friedensschaffen hin zu bewegen.

Francis bestärkt die Ansicht, dass Konflikte in jeder Gesellschaft normal sind und konstruktiv angegangen werden müssen. Und damit das geschieht, ist eine Entmilitarisierung der ganzen Welt (nicht etwa nur einiger weniger Konfliktgebiete) notwendig. Denn solange militärische Kräfte zur Reaktion auf Konflikte verfügbar sind und solange nichtmilitärische Hilfsmittel zur Konfliktlösung nicht weit genug entwickelt oder ausreichend finanziert sind, wird immer die Neigung bestehen, militärische Kräfte einzusetzen, wenn es nötig erscheint: sei es für eine Invasion, zur „Erzwingung von Frieden“ (peace enforcement) oder zur Friedenserhaltung. Sie zitiert Gandhi, der sagte: „Wenn (Gewalt) scheinbar Gutes bewirkt, so ist das Gute nur zeitlich begrenzt, das Böse aber, das sie schafft, ist von Dauer.“ (Seite 100).

Diese Ausgabe der QCEA Monatszeitschrift *Around Europe* ist von der Deutschen QCEA Unterstutzungsgruppe
übersetzt worden

Sie ist auf der QCEA website www.qcea.org zu finden

Dieses Buch ermutigt alle, die einen prinzipiell pazifistischen Standpunkt vertreten; aber es ist auch unbequem, weil es alle diejenigen, die sich als Friedensarbeiter (Pazifisten oder Ähnliches) sehen, auffordert, eine sehr radikale Wahl zu treffen, wie sie das vorherrschende Paradigma angehen können, was Frieden ist und wie er erreicht werden kann. Angesichts der Frustration innerhalb der Frieden schaffenden Gemeinschaft über die Unmenge der zu leistenden Arbeiten und dem offensichtlichen Mangel an wirklichen Fortschritten auf den höheren Ebenen der Politik, (weswegen andauernde gewaltsame und eingefrorene Konflikte für jegliche dauerhafte Lösung offensichtlich nicht zugänglich sind) ist es ein Aufruf zu politischem Handeln, den wir nicht ignorieren können.

Martina Weitsch

Übersetzung: Christel Wieding